

St.v. Krieger weist auf die sich nun wieder zuspitzende, nicht hinnehmbare Situation auf dem Rathausplatz hin. Dieser werde nun wieder aufgrund des schönen Wetters und der ansteigenden Temperaturen wieder verstärkt von Jugendlichen aufgesucht. Aufgrund dessen komme es wieder verstärkt zu Verunreinigungen durch Müll sowie zu Ruhestörungen für die Anwohner durch verbotenes Ballspielen auf dem Platz. St.v. Krieger möchte von der Verwaltung wissen, ob sich der Vertrag mit der Stadt Bergneustadt und dem Förderverein Kinder Kunst und Kultur nur auf die Anmietung der Räume der BGS Krawinkel beziehe oder ob auch eine Zusammenarbeit betreffend der „Streetworkerarbeit“ mit dem Verein vereinbart wurde.

Auch solle die Stadt Bergneustadt ihre Sozialarbeiter, insbesondere die Person, die für die Stelle des „Streetworkers“ eingestellt wurde, für die Betreuung einsetzen.

AV Drexler erklärt daraufhin, dass sich der durch einen Ratsbeschluss geschlossene Vertrag nur auf die Anmietung der Räumlichkeiten mit einer Miete in Höhe von 1 Euro jährlich beziehe und lediglich eine Öffnung der Räumlichkeiten in den Nachmittags- und Abendstunden vereinbart wurde.

Die Stelle des „Streetworkers“ kann zur Zeit nicht bedient werden, da dieser Kollege anderweitig zu 100 % im Bereich Asyl eingesetzt sei. Dies werde auch von der Verwaltung zu bedauern, da diese Stelle nun nicht mehr zu 50 % vom Oberbergischen Kreis bezuschusst werde. Dies führe auf Dauer zu Problemen bei den Personalkosten.

BM Holberg erklärt, dass es sich hier um ein ordnungsrechtliches Problem handle, was auch andere Kommunen zu beklagen haben, und er bereits an einer Dienstbesprechung beim Oberbergischen Kreis zur „Sicherheitslage“ teilgenommen habe. Er werde in der Ratssitzung am 05.04.2017 über die Dienstbesprechung beim Landrat berichten.

Derzeit verfüge die Stadt Bergneustadt über 3,5 Stellen im Ordnungsbereich, wo bei sich derzeit 1 Person in Mitterschutz befinde, und die verbleibenden 2,5 Stellen für die Abwicklung sämtlicher Ordnungsbelange bei weitem nicht ausreichend seien. Eine Allianz in Form einer Ordnungspartnerschaft mit der Polizei und dem Kreis sei deshalb für die Stadt Bergneustadt angestrebt.

Auf Anregung der St.v. Weiner, die Stadt möge doch ihr eingesetztes Personal von der BGS Hackenberg zeitweise im Stadtgebiet einsetzen teilt AV Drexler mit, dass sich bereits der Sozialausschuss in seiner letzten Sitzung mit den Räumlichkeiten und dem Personal der BGS befasst habe, und den Einsatz des Personals auf dem Hackenberg für erforderlich erachte. Dies gelte insbesondere im Hinblick auf die Neuanschaffung eines Spielmobils für die Betreuung der Jugendlichen im Eichfeld, die aufgrund der Entfernung zur BGS sich der Betreuung entziehen. Da die SozialarbeiterInnen auch noch mit anderen Aufgaben betreut sind, reiche die Stundenzahl nicht aus, das gesamte Stadtgebiet abzudecken.

St.v. Krieger fordere eine vermehrte Polizeipräsenz. Die Besetzung der örtlichen Polizei wache sei personell unterbesetzt. Er fordere die Verwaltung auf, sich hier verstärkt beim Oberbergischen Kreis für eine bessere Besetzung der Polizei wache Bergneustadt einzusetzen.

Anschließend folgt eine Diskussion mit einigen Stadtverordneten über die Möglichkeiten der Verhängung von Bußgeldern, bei dem immer wieder der Tatbestand des „Ertappens“ gegeben sein muss und dafür leider kein Personal seitens der Verwaltung zur Verfügung stünde.

Abschließend teilt BM Holberg den Stadtverordneten mit, dass er bereits mit einem Schreiben an den Landrat des Oberbergischen Kreises unter anderem auf diesen Zustand hingewiesen habe. Das Schreiben an den Landrat werde er allen Stadtverordneten per E-Mail zur Verfügung stellen.